

6. März 2014

www.kas.dewww.eukas.eu

Belgien im Superwahljahr

EUROPA-, PARLAMENTS- UND REGIONALWAHLEN AM 25. MAI 2014

Ende 2011 prophezeiten viele Beobachter das nahende Ende Belgiens: An derthalb Jahre nach den Wahlen vom Juni 2010 hatte das Land noch immer keine neue Regierung. Erst als auch die Finanzmärkte zunehmend unruhig wurden, gelang es, eine neue Regierung zu bilden. Zwei Jahre später steht der Zerfall des Landes nicht mehr auf der Tagesordnung. Trotz aller Hindernisse ist es der Sechsparteienregierung aus Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen beider Sprachgruppen gelungen, eine umfassende Staatsreform durchzuführen und damit eine Dauerbaustelle der vergangenen anderthalb Jahrzehnte (vorerst) zu schließen. Christdemokratische Politiker spielten dabei eine entscheidende Rolle. Am 25. Mai steht nun ein „Superwahltag“ an; parallel zu den Europawahlen finden Parlaments- und Regionalwahlen statt. Sozioökonomische Themen werden den Wahlkampf dominieren. Fragen über die Zukunft des Landes treten demgegenüber vorerst in den Hintergrund. Die regionalistische N-VA, die langfristig eine Unabhängigkeit Flanderns fordert, wird voraussichtlich dennoch die mit Abstand stärkste Partei.

Hintergrund

Nach den Wahlen im Juni 2010 dauerte es 541 Tage bis es gelang, eine neue Regierung zu bilden. Grund: die Regierungsbildung war an die gleichzeitige Einigung auf eine umfassende Staatsreform gekoppelt. Diese sollte nach Willen der flämischen Parteien zu einem Kompetenztransfer von der föderalen Ebene zu den Gebietskörperschaften führen. Die französischsprachigen Par-

teien sträubten sich jedoch gegen zu tiefgreifende Veränderungen des Status quo. Für die Staatsreform waren eine 2/3-Mehrheit im gesamten Parlament und gleichzeitig eine Mehrheit innerhalb der niederländischsprachigen wie französischsprachigen Abgeordnetengruppe vonnöten. Erst nach mehreren gescheiterten Verhandlungsrunden gelang es, eine Sechsparteienregierung aus Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen beider Sprachgruppen (PS, sp.a., CD&V, CDH, MR, OpenVLD) unter dem sozialistischen französischsprachigen Premier Elio di Rupo zu bilden. Der Wahlsieger, die regionalistische N-VA, die langfristig die Unabhängigkeit Flanderns anstrebt, hatte Kompromisse abgelehnt und blieb somit außen vor. Da die drei niederländischsprachigen Parteien (CD&V, Open Vld, sp.a.) in ihrer Sprachgruppe aber keine Mehrheit hatten, war die Unterstützung der nicht an der Regierung beteiligten Grünen nötig, um eine Einigung über die Eckpunkte der sechsten Staatsreform zu erzielen. Die Regierung di Rupo stand in ihrer durch die langwierigen Verhandlungen auf 2,5 Jahre verkürzten Legislaturperiode vor drei großen Herausforderungen:

1. Ausarbeitung einer umfassenden Staatsreform (der sechsten in der Geschichte des Landes),
2. Haushaltskonsolidierung
3. Durchführung dringender sozioökonomischer Reformen.

Regierungsbilanz

Nimmt man die beiden größten Baustellen bei Regierungsantritt – Staatsreform und Staatsfinanzen – als Maßstab, dann kann sich die Bilanz der Sechsparteienregierung sehen lassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

6. März 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

1. Sie verabschiedete mit Unterstützung der Grünen Ende 2013 im Parlament die sechste Staatsreform. Zunächst einigten sich die Parteien auf die Teilung des Wahlkreises Brussel-Halle-Vilvoorde (BHV), die im Juli 2012 offiziell von der Abgeordnetenkommission verabschiedet wurde. Damit beseitigten die Regierungsparteien einen Streitpunkt, der über mehr als ein Jahrzehnt die Beziehungen zwischen beiden Landesteilen vergiftet und auch das Klima zwischen den beiden EVP-Parteien CD&V und CDH schwer belastet hatte. Die Teilung von BHV war von großer symbolischer Bedeutung: Die Unfähigkeit, sich auf die Modalitäten der vom Verfassungsgericht 2003 geforderten Aufspaltung des Wahlkreises zu einigen, hatte rund ein Jahrzehnt die Kompromissunfähigkeit beider Seiten versinnbildlicht.

In der Praxis bedeutsamer ist die Verlagerung zahlreicher Aufgaben vom Föderalstaat hin zu den Gebietskörperschaften, den Regionen und den Sprachgemeinschaften: Insgesamt fallen Kompetenzen mit einem Finanzvolumen von 18,5 Milliarden Euro den Regionen und Sprachgemeinschaften zu. Das entspricht rund 40% der bisherigen Mittel dieser Gebietskörperschaften. Die finanziell wichtigsten Kompetenzverlagerungen erfolgen in den Bereichen Beschäftigung (Kompetenztransfers von umgerechnet 4,2 Milliarden), Gesundheit (4,4 Milliarden) und Familienpolitik (6,6 Millionen). Bemerkenswert sind auch Kompetenzübertragungen in der Verkehrspolitik, der Großstadtpolitik und in Bereichen der Zuwanderungspolitik. Entscheidend: das Parlament segnete die Staatsreform noch in dieser Legislaturperiode ab und löste damit ein zentrales Wahlversprechen ein. Für diesen Erfolg waren vor allem die beiden christdemokratischen Politiker Melchior Wathelet (CDH, rechts im Bild) und Servais Verherstraeten (CD&V, links im Bild) verantwortlich: Als Staatssekretäre für institutionelle Reformen waren sie für die Ausarbeitung der Staatsreform zuständig. Es gelang ihnen, den Kompromiss, auf den sich die Parteichefs 2011 geeinigt hatten, noch vor den Wahlen in Gesetzesform zu gießen.

2. Ein zweiter wichtiger Punkt war die Drosselung des Haushaltsdefizits. Dies gelang

mit Hilfe mehrerer milliardenschwerer Sparpakete. Insgesamt konnte die seit Jahren sehr hohe Gesamtverschuldung knapp unter 100% des BIP gehalten werden. Die Anstrengungen der Regierung überzeugen auch die Finanzmärkte. Die spreads zwischen deutschen und belgischen Staatsanleihen sind seit 2011 von 3,5 auf 0,5 gesunken. Für diese Erfolge sind nicht zuletzt auch die beiden CD&V-Finanzminister Steven Vanackere (bis 2013) und Koen Geens (ab 2013) verantwortlich.

3. Zudem gelang es, einige überfällige Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Rente, aktivierende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt) anzustoßen. Gleichwohl bleiben die Grundprobleme der belgischen Wirtschaft unverändert: die Lohnnebenkosten sind zu hoch, der Arbeitsmarkt zu rigide, der Wohlfahrtsstaat reformbedürftig. Weitere Schritte - etwa die von der Europäischen Kommission geforderte Abschaffung der Indexierung von Löhnen und die Begrenzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe - waren auch wegen des Widerstands der Sozialisten der PS nicht möglich. Nach der Verabschiedung der 6. Staatsreform stehen in diesem Wahlkampf vor allem die Themen Wachstum und Beschäftigung im Fokus: Seit 2011 ist die Arbeitslosenrate von 7,2 auf 8,7% gestiegen.

Politische Lage zu Beginn des Wahlkampfs

Am 25. Mai finden in Belgien erstmals Europawahlen, Parlamentswahlen und Regionalwahlen am gleichen Tag statt. Auch die deutschsprachige Gemeinschaft wählt dann ihr Parlament. Dieser Superwahltag wirft bereits seine Schatten voraus: Die Spitzenkandidaten stehen nun fest. Die Fronten für den Wahlkampf zeichnen sich ab. Stärker als noch 2010 verlaufen diese entlang wirtschaftspolitischer Trennlinien: Im französischsprachigen Teil des Landes sind die PS und der liberale MR die Hauptkontrahenten. Auch in Flandern werden sozioökonomische Themen eine bedeutende Rolle spielen.

Die vorzeigbare Regierungsbilanz hat bislang weder in Flandern noch in der Wallonie zu einer Sympathiewelle für die Regierungsparteien geführt. Zu groß ist nach Jah-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

6. März 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

ren der Blockade das Misstrauen gegenüber den traditionellen Parteien. Die zahlreichen in der Koalition geschlossenen Kompromisse führten zur Enttäuschung einiger Wähler. Ein weiterer Grund ist die gerade in Flandern verbreitete, teils diffuse Elitenfeindlichkeit, von der insbesondere die N-VA profitiert: In Umfragen liegt sie bei ca. 32 %. Das ist zwar bedeutend weniger als noch vor einem Jahr (39%). Dennoch ist die N-VA nach wie vor die mit Abstand stärkste Partei in Flandern (und in Belgien). Zweite Kraft in Flandern sind die Christdemokraten des CD&V, die nun bei ca. 18% liegen und damit erstmals seit dreieinhalb Jahren ihr Ergebnis von den letzten Parlamentswahlen (17,3%) übertreffen. Dieses war allerdings ein historischer Tiefpunkt für die Partei. Danach folgen die Liberalen (Open VLD) und Sozialdemokraten mit jeweils ca. 13-14 %. Der rechtsextreme Vlaams Belang verliert weiter Wähler an die N-VA und liegt nun unter 10%, die Grünen bei rund 8%.

In der Wallonie liegen die Sozialisten die Rupsos bei rund 28%. Damit würden sie gegenüber ihrem Wahlergebnis von 2010 (37,6%) deutlich verlieren. Der MR kommt auf 23-24%. Weit dahinter folgen die Zentristen der EVP-Partei CDH (12,5%, nach einer Umfrage sogar nur 10,2%) und die Grünen von Ecolo (ca.11%) Bemerkenswert ist der Stimmenzuwachs von Parteien, die bislang keine Rolle spielten. Die kommunistische PTB steht bei rund 7%, die konservative PP bei fast 6%. Beide würden damit in die Abgeordnetenversammlung einziehen.

In der Region Brüssel, in der sowohl niederländisch- wie französischsprachige Parteien wählbar sind, liegen die Sozialisten (je nach Umfrage 18-21%) etwa gleichauf mit dem MR (20-22%). Darauf folgen CDH (10-12%) sowie die Frankophonenpartei FDF und Ecolo mit je rund 10%. Die PTB könnte auf 6% kommen. Die stärkste flämische Partei wären die Liberalen der OpenVld mit 3,5%.

Erstmals zeichnet sich damit eine Zersplitterung auch auf Seiten des französischsprachigen Elektors ab. Dieses verteilte sich bisher weitgehend auf vier Parteien (PS, MR, CDH, Ecolo): die PTB erhält von PS-Wählern Zulauf, die die Politik der Regie-

rung als zu wenig linksorientiert empfinden. Die PP hingegen versucht – auch mit populistischen Forderungen - liberalkonservative Wähler zu gewinnen. Alle Zahlen sind aber noch mit Vorsicht zu genießen. Rund ein Drittel der Wähler sind noch unentschlossen.

Situation der EVP-Parteien

Legt man die aktuellen Umfragen zu Grunde, hat der CD&V (Christen-Demokratischen Vlaams) ihre Beteiligung an einer Regierung unter Führung sozialistischen Premiers nicht geschadet. Zugewinne sind bislang allerdings auch kaum zu verzeichnen. Beachtenswert: Innerparteiliche Querelen blieben aus, die Partei präsentierte sich geschlossen - trotz starker Kritik von außen. Anders als die niederländischen Christdemokraten hat die Partei nach der Wahlniederlage von 2010 nur sehr begrenzt eine umfassende und strategische Grundsatzdebatte („Innesto-Prozess“) über die Ausrichtung der Partei geführt. Die von einigen Parteivertretern und Beobachtern geforderte grundsätzliche Diskussion über die Rolle der Christdemokratie im 21. Jahrhundert verschob die Partei auf einen späteren Zeitpunkt nach den Wahlen.

Die Gründe: Auf der einen Seite waren die Kommunalwahlen im Herbst 2012 deutlich glimpflicher verlaufen als befürchtet. Auf der anderen Seite ließen die langwierige Regierungsbildung 2010/2011 und eine sehr intensive Legislaturperiode wenig Zeit und Energie für grundsätzliche programmatische Debatten. Am 25. Mai werden die Weichen für die Aufstellung auf regionaler, föderaler und europäischer Ebene für die kommenden Jahre gestellt. Entsprechend richtet sich die gesamte Aufmerksamkeit auf den Wahltag. Für die Wahl(en) hat der flämische Ministerpräsident Kris Peeters die 20%-Marke als Zielmarke ausgerufen. Das würde sowohl über dem Ergebnis von 2010 als auch über den Umfragewerten liegen, allerdings unter dem historischen Mittel der traditionsreichen flämischen Volkspartei. Mit Hinblick auf den Wahlkampf ist die bisherige Regierungsbeitragung für die CD&V ein zweischneidiges Schwert: Auf der einen Seite kann sie sich damit rühmen, die langjährigen Forderun-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

6. März 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

gen der Flamen nach einer Teilung des Wahlkreises BHV und die Staatreform endlich in die Tat umgesetzt zu haben. Auch hat das finanzpolitisch schlingernde Belgien nun auch wirtschaftlich wieder einigermaßen in die Spur gefunden. Auf der anderen Seite wird die CD&V als jahrelange Regierungspartei auch für die Unzulänglichkeiten früherer Regierung in Verantwortung gezogen und als Teil der seit dem 2. Weltkrieg regierenden politischen Elite wahr genommen. Zudem ist die Regierung di Rupo bei den flämischen Unternehmern unbeliebt: Die unternommenen Wirtschaftsreformen werden als nicht annähernd ausreichend betrachtet. Insgesamt ist der Rückhalt des CD&V bei den flämischen Unternehmern eher schwach.

Personell setzt die Partei im Wahlkampf auf den flämischen Ministerpräsidenten Kris Peeters (Foto, Quelle: www.cdenv.be): Er ist in Flandern beliebt, gilt als fachlich kompetent und hat sich als Ministerpräsident zudem einen „Landesvater“-Bonus erarbeitet. Nach dem Wechsel von Yves Leterme zur OECD und dem Rücktritt von Vize-Premier Steven Vanackere ist er auch innerparteilich die stärkste Figur. Am liebsten möchte Peeters Ministerpräsident in Flandern bleiben. Dies wäre möglich, selbst wenn die CD&V nicht stärkste Partei werden sollte. Voraussetzung wäre aber, dass sie gegenüber den aktuellen Umfragewerten noch einmal zulegen kann. Abhängig von Wahlausgang und Koalitionsbildung könnte Peeters aber auch für den Posten des belgischen Premierministers in Frage kommen. Beschäftigung und Steuerpolitik spielen auch im CD&V-Programm eine zentrale Rolle: Ende Februar stellte die Partei medienwirksam ihren sog. „3-D-Plan“ vor und legte als erste Partei konkrete Zahlen für ihre künftige Wirtschaftspolitik vor: Die Partei will Bürger und insbesondere Unternehmer um insgesamt sechs Milliarden entlasten, u.a. durch Erhöhung des Steuerfreibetrags und die Senkung der Lohnnebenkosten. Dies will sie sowohl durch Ausgabenkürzungen auf regionalem wie föderalem Niveau erreichen, die Harmonisierung der Mehrwertsteuer und eine Abgabenerhöhungen für Tabak und Diesel. Damit sollen bis

2019 224.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die CD&V zieht zudem mit einem klaren Bekenntnis zum Erhalt Belgiens in den Wahlkampf: Damit grenzt sich die Partei klar von der N-VA ab, deren Konzept vom „Konföderalismus“ den belgischen Staat auf eine fast leere Hülle reduzieren würde. Die CD&V fordert hingegen weitreichende Kompetenzen für die Gliedstaaten bei gleichzeitig verstärkter Kooperation zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften. Eine weitere Staatreform lehnt die Partei vorerst ab.

Von 2004 bis 2008 waren N-VA und CD&V noch in einer Wahlallianz vereint. Bei zahlreichen Fragen gibt es nach wie vor Überschneidungen (Wirtschaft, Soziales, teilweise in der Innenpolitik). Sie wären daher natürliche Koalitionspartner. Unterschiede gibt es hingegen in gesellschaftlichen Fragen: Während die CD&V das Gesetz zur Einführung der aktiven Sterbehilfe für Minderjährige ablehnte, votierten fast alle Abgeordneten der N-VA dafür.

Die französischsprachige Schwesterpartei CDH (Centre démocrate humaniste) hat in den vergangenen zwei Jahren schrittweise versucht, sich vom zuvor eingeschlagenen Mitte-Links-Kurs zu lösen und sich programmatisch von den Sozialisten abzusetzen.

Allerdings gelingt es dem CDH noch nicht, sich aus dem Umfragetief herauszukämpfen. Nach wie vor fällt es der Partei schwer, sich zwischen den Hauptkontrahenten in wirtschaftlichen Themen, MR und PS, zu profilieren. Für diese Wahl kündigte der Parteivorsitzende nun eine „Steuerrevolution“ an, mit der 140.000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Einige Maßnahmen: Senkung der Körperschaftssteuer für KMUs um 10 Prozentpunkte, Absetzbarkeit von Investitionen, eine jugend- und familienfreundlichere Steuerpolitik.

Die Partei hat es insgesamt seit dem Verzicht auf das christdemokratische Element im Parteinamen nicht geschafft, den eigenen Identitätskern klar zu umzureißen und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

6. März 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

sich den Wählern als eine Partei mit klaren Kanten zu präsentieren. Dass es sich beim CDH aber nach wie vor um eine werteorientierte Partei mit christdemokratischen Elementen handelt, zeigte ihre Haltung zum Euthanasiegesetz: die CDH stimmte geschlossen gegen die Vorlage.

Besser als in der Wallonie geht es der Partei in Brüssel: Hier ist es ihr offenbar gelungen, sich neuen Wählerschichten zu öffnen und den Sozialisten ihre Spitzenstellung bei Wählern mit Migrationshintergrund streitig zu machen.

Rolle der N-VA

Die regionalistische N-VA (Nieuw-Vlaamse Alliantie) hat sich vorerst im Parteienspektrum etabliert und wird höchstwahrscheinlich am 25. Mai die stärkste politische Partei in Flandern, in Belgien und auch innerhalb der belgischen Delegation im EP werden.

Nach wie vor hängt ihre Popularität stark von der Person von Parteiführer Bart de Wever ab. Allerdings hat sich die N-VA in den letzten Jahren sowohl personell als auch inhaltlich verdichtet. Sie ist weder eine Ein-Mann-Bewegung, noch ist sie eine klassische populistische Partei. Ihr Programm ist eine Mischung aus flämischem Nationalismus, liberalkonservativen Positionen und einigen populistischen Elementen. Für den Wahlkampf rückt die Partei vor allem ihr wirtschaftsfreundliches Programm in den Vordergrund. Hier vertritt die Partielite (mehr als ihre Wählerschaft) liberal-konservative Positionen: Abschaffung der Indexierung (die auch von anderen flämischen Parteien gefordert wird), Reduzierung von Ausgaben und Lohnstückkosten. Das verschafft ihr eine breite Zustimmung bei der flämischen Unternehmerschaft. Gleichzeitig fordert die N-VA eine rigidere Migrations- und Integrationspolitik; hier vertritt sie immer auch wieder populistische Positionen. Gleichzeitig pflegt sie – obgleich sie in der flämischen Regierung sitzt und seit den Kommunalwahlen mehrere Bürgermeister stellt – gerne ihr Underdog-Image und grenzt sich immer wieder vom „politischen Establishment“ ab. Sie profitiert auch von der noch nicht verfliegenen Frustration wei-

ter Teile der Bevölkerung mit der politischen Klasse. Immer wieder bezeichnet de Wever die Wahlen 2014 als Wettstreit zwischen den Sozialisten Di Rupo und seiner N-VA, obgleich die PS in Folge des belgischen Wahlsystems in Flandern überhaupt nicht wählbar ist. Der Hintergedanke: die PS ist als langjährige wallonische Regierungspartei und als Bremsklotz wirtschaftlicher Reformen unter Teilen der flämischen Wählerschaft verhasst.

Die Haltung der N-VA zur Zukunft des Landes ist unklar: Auf der einen Seite tritt sie nach wie vor für ein unabhängiges Flandern als langfristiges Ziel ein. Gleichzeitig betont sie, dass es zunächst darum gehe, Belgien in eine „Konföderation“ umzuwandeln. Mit dieser Relativierung lockt sie viele Wähler auch außerhalb des flämischeseparatistischen Milieus: Sie suggeriert ihnen, dass eine Stimme für die N-VA nicht notwendigerweise eine Stimme für die flämische Unabhängigkeit ist. Gleichzeitig umschifft sie damit vorerst auch einige unbequeme Fragen, die sich einem unabhängigen Flandern stellen würden: Eine Teilung Belgiens würde Flandern durchaus teuer zu stehen kommen und den Verzicht auf die Hauptstadt Brüssel bedeuten. Die Regierungsbeteiligung in Flandern und die wachsende Präsenz auf kommunaler Ebene hat die Partei bisher nur wenig Ansehen gekostet.

Anders als noch 2010 knüpft die N-VA eine Regierungsbeteiligung nicht mehr kategorisch an eine umfassende neue Staatsreform. Die Partei kann sich nach offiziellem Bekunden durchaus vorstellen, auch auf föderaler Ebene in eine Regierung zu gehen. Dieses Bekenntnis ist wohl ernster zu nehmen als 2010, wenngleich eine Regierungsbeteiligung der N-VA schwer vorstellbar erscheint. Bart de Wever weiß aber, dass zahlreiche Wähler sich langfristig nicht damit zufrieden geben werden, eine Protestpartei zu stützen, die aber Regierungsverantwortung scheut. Für die Wahlen hat Bart de Wever 30% als Zielmarke ausgegeben. Übertrifft die N-VA diese Schwelle deutlich, wird es schwer, sie bei der Regierungsbildung zu übergehen. Grund: die bisherigen Regierungspartner, insbesondere die CD&V möchten nur äußerst ungern noch einmal

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

6. März 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

eine Regierung bilden, die nicht auch in der niederländischen Gruppe der Kammer eine Mehrheit besitzt.

Ausblick

Noch ist es zu früh, um eine verlässliche Prognose über die Zusammensetzung einer zukünftigen Regierungskoalition zu tätigen. Die Regierung wird aber erneut mindestens vier, fünf Parteien umfassen. Die wirtschaftspolitischen Positionen der Parteien werden eine größere Rolle für die Verhandlungen spielen als noch 2010. So sehnen sich viele Liberale und Christdemokraten – auch auf französischsprachiger Seite – nach einer Regierung ohne die wallonischen Sozialisten. Es ist dennoch nicht unwahrscheinlich, dass letztere sich erneut am Regierungstisch wiederfinden.

Vieles spricht dafür, dass auch die kommende Regierungsbildung ein zäher Prozess wird. Nach dem Rücktritt König Alberts II., der bei der Beilegung der politischen Krise 2010/11 eine entscheidende Rolle gespielt hatte, fehlt zudem ein erfahrener politischer Vermittler. Hinzu kommt: Die Regierungsbildung auf regionaler Ebene wird nicht unabhängig vom föderalen Niveau ablaufen: Zumindest anfangs werden die Parteien versuchen, ähnliche Koalitionen auf beiden Ebenen zu schließen.

Derzeit betrachten Beobachter drei Optionen für die künftige Koalition auf föderaler Ebene als wahrscheinlich:

1. Eine Fortführung der bisherigen Regierung aus Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten beider Landesteile: Diese Option ist nicht unwahrscheinlich, wäre aber nur darstellbar, wenn die drei flämischen Parteien eine Mehrheit innerhalb ihres Wahlkollegs erhielten. Premier könnte erneut Elio di Rupo werden. Das Amt könnte aber auch einem MR- oder CD&V-Politiker zufallen.
2. Eine Mitte-Rechts-Regierung aus CD&V, N-VA, Open VLd, MR und CDH. Dies ist Wunschvorstellung zahlreicher flämischer Politiker und des MR. MR und CDH kämen gemeinsam aber wohl nicht einmal auf 40% der Stimmen und wären so weit von einer

Mehrheit im französischsprachigen Wahlkolleg entfernt.

3. Eine Mitte-Links-Regierung aus Sozialisten, Grünen und Christdemokraten. Diese Option ist unwahrscheinlich, da für die CD&V in Flandern kaum vermittelbar.

Andere Optionen sind durchaus denkbar. Sehr unwahrscheinlich scheint eine gemeinsame Regierung aus PS und N-VA. Unmöglich ist in der belgischen Politik allerdings fast nichts.

Anhang: Aktuelle Umfragewerte

Flandern

Partei	Parlaments- wahlen 2010	Umfrage RTL Ipsos Le Soir 6.-10.2. 2014	Umfrage La Libre RTBF 13.-17.2. 2014
N-VA	27,8	32,3	32,3
CD&V	17,3	18,5	17,6
Open Vld	13,6	13,3	12,8
sp.a	14,6	13,3	14,6
Vlaams Belang	12,3	7,6	9,8
Groen	6,9	8,4	7,3

Wallonie

Partei	Parlaments- wahlen 2010	Umfrage RTL Ipsos Le Soir 6.-10.2. 2014	Umfrage La Libre RTBF 13.-17.2. 2014
PS	37,6	28,4	28,0
MR ¹	22,2	23,3	24,1
CDH	14,6	12,5	10,2
Ecolo	12,3	11,4	10,6
PTB	1,9	6,7	7,6
PP	3,1	5,6	5,9

¹ Bei den Parlamentswahlen trat die MR noch gemeinsam mit den fédéralistes democrates francophones (FDF) an, die sich als Vertreterin der Interessen der Französischsprachigen in Brüssel und Flandern versteht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Brüssel

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

6. März 2014

www.kas.dewww.eukas.eu

Partei	Parlaments- wahlen 2010	Umfrage RTL Ipsos Le Soir 6.-10.2. 2014	Umfrage La Libre RTBF 13.-17.2. 2014
PS	26,6	21,2	18,1
MR ¹	27,1	20,0	21,8
CDH	12,2	10,4	12,5
Ecolo	12,0	9,6	10,1
FDF ¹		9,6	10,4
PTB	1,6	6,8	6,5
PP	3,5	2,3	3,0
Niederländischsprachige Parteien			
OpenVld	2,3	k.A.	3,5
Sp.a.	2,0	k.A.	1,0
N-VA	1,8	k.A.	2,7
CD&V	1,6	k.A.	1,5
Groen	1,6	k.A.	2,9